

EU-DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG (DSGVO)

Information bei der Datenerhebung (Art 13 f DSGVO)

Verfahrensverzeichnis

Detaillierte Information zur konkreten Datenverarbeitung

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Ganzheitlich orientierte Tierarztpraxis

Mag. med. vet. Gerlinde Wiesenhofer

Weidenweg 329, 2724 Maiersdorf

Tel: +43 676/3711006

Mail: office@govet.at

Es sind kein Datenschutzbeauftragter und kein Stellvertreter benannt.

Zweck und Beschreibung der Datenverarbeitung:

- Patienten(besitzer)verwaltung und Honorarabrechnung des Tierarztes
Führung von Patienten(besitzer)karteien, auch zur Dokumentation der Behandlung iwS, insb gemäß § 24 Abs 3 TierärzteG (TGD); Erstellung von medizinischen Gutachten und deren Aufbewahrung (§ 19 Abs 2 TierärzteG) und Honorarverrechnung durch Tierärzte, einschließlich automationsunterstützt erstellter und archivierter Textdokumente (wie zB Korrespondenz) in diesen Angelegenheiten.
- Marketing
Ankündigung von Vorträgen, Workshops und sonst. Veranstaltungen

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

- Art 6 Abs 1 lit a (Einwilligung der Betroffenen)
- Art 6 Abs 1 lit b (zur Vertragserfüllung erforderlich)
- Art 6 Abs 1 lit c (gesetzliche Verpflichtungen nach der BAO, dem UGB und TierärzteG)
- Art 6 Abs 1 lit f (berechtigte Interessen des Verantwortlichen) DSGVO

- § 132 BAO
- §§ 190, 212 UGB

Löschungs- und Aufbewahrungsfristen:

Die personenbezogenen Daten werden bis zur Beendigung der Geschäftsbeziehung oder bis zum Ablauf der für den Auftraggeber geltenden Garantie-, Gewährleistungs-, Verjährungs- und gesetzlichen Aufbewahrungsfristen aufbewahrt; darüber hinaus bis zur Beendigung von allfälligen Rechtsstreitigkeiten, bei denen die Daten als Beweis benötigt werden.

Kategorien betroffener Personen:

Patientenbesitzer

Kategorien personenbezogener Daten:

- Patientenbesitzer: Stamm- und Kontaktdaten, wie Patientenummer, Name, Anschrift, Geburtsdatum (nötig zur amtlichen Registrierung des Tieres), Tel., Email
- Patientendaten: Anlass für die Untersuchung (Eignungs-, Kontroll-, Sofort-, Enduntersuchung), Datum der Untersuchung, Medizinischer Zustand / Krankheitsverlauf, Besondere Risikofaktoren, Daten zur Medikation und Verschreibung (Anwendung von Arzneispezialitäten und zur Identifizierung dieser Arzneispezialitäten und der jeweiligen Chargen im Sinne des AMG und TÄKG), Daten zu Impfungen, Vorgeschichte der Erkrankung und dazugehörige Befunde, Daten zur Zuweisung oder Zweitbefundung an Fachärzte, Labors usw., Zusätzliche Daten zu meldepflichtigen Krankheiten

Datenempfänger:

- Privatversicherungen zum Zweck der Abwicklung des Versicherungsanspruches
- Andere Tierärzte sowie Apotheken
- Labors und andere Einrichtungen, die im Auftrag des Tierarztes Untersuchungen vornehmen
- Auftraggeber von medizinischen Gutachten, soweit die rechtlichen Voraussetzungen für die Erstellung des Gutachtens vorliegen
- Tierregistrierungsstellen
- Zuständige Behörde
- Steuerberater
- Allfällige Inkassostelle
- Allfälliger Rechtsvertreter

Übermittlung in Drittländer (nicht EU/EWR):

Die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Verantwortlichen bzw. für ihn durch die hier genannten Auftragsverarbeiter erfolgt ausschließlich innerhalb der Europäischen Union und unter Gewährleistung entsprechender Datensicherheit.

Der Verantwortliche wird die personenbezogenen Daten für keinen anderen Zweck weiterverarbeiten als den, für den die personenbezogenen Daten erhoben wurden.

Information über die Betroffenenrechte

Recht auf Auskunft

Jeder von der Datenverarbeitung Betroffene hat das Recht, vom VERANTWORTLICHEN eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat die betroffene Person ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten (Kopie der personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind) und auf folgende Informationen: (a) die Verarbeitungszwecke; (b) die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden; (c) die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, insbesondere bei Empfängern in Drittländern oder bei internationalen Organisationen; (d) falls möglich die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer; (e) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung; (f) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde; (g) wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten; (h) das (Nicht)Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling. Der VERANTWORTLICHE stellt eine Kopie der personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, zur Verfügung. Für alle weiteren Kopien, die die betroffene Person beantragt, kann der VERANTWORTLICHE ein angemessenes Entgelt auf der Grundlage der Verwaltungskosten verlangen. Stellt die betroffene Person den Antrag elektronisch, so sind die Informationen in einem gängigen elektronischen Format zur Verfügung zu stellen, sofern sie nichts anderes angibt.

Recht auf Berichtigung und Löschung

Die betroffene Person hat das Recht, vom VERANTWORTLICHEN unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung hat die betroffene Person das Recht, die

Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten — auch mittels einer ergänzenden Erklärung — zu verlangen.

Weiters hat die betroffene Person das Recht, vom VERANTWORTLICHEN zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der VERANTWORTLICHE ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft: (a) Die personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig. (b) Die betroffene Person widerruft ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung. (c) Die betroffene Person legt Widerspruch (siehe gleich unten) gegen die Verarbeitung ein. (d) Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet. (e) Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der VERANTWORTLICHE unterliegt. (f) Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft (Einwilligung eines Kindes) erhoben. Das Recht auf Löschung besteht insbesondere dann nicht, soweit die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung des VERANTWORTLICHEN, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem VERANTWORTLICHEN übertragen wurde, erforderlich ist und/ oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Kann die Berichtigung oder Löschung von automatisationsunterstützt verarbeiteten personenbezogenen Daten nicht unverzüglich erfolgen, weil diese aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen nur zu bestimmten Zeitpunkten vorgenommen werden kann, so wird die Verarbeitung der betreffenden personenbezogenen Daten bis zu diesem Zeitpunkt eingeschränkt (siehe unten – Recht auf Einschränkung der Verarbeitung).

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, vom VERANTWORTLICHEN die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist: (a) die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von der betroffenen Person bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es dem VERANTWORTLICHEN ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen, (b) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und die betroffene Person die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnt und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangt; (c) den VERANTWORTLICHEN die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, die betroffene Person sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt, oder (d) die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des VERANTWORTLICHEN gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Wurde die Verarbeitung eingeschränkt, so dürfen diese personenbezogenen Daten — von ihrer Speicherung abgesehen — nur mit Einwilligung der betroffenen Person oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Eine betroffene Person, die eine Einschränkung der Verarbeitung erwirkt hat, wird vom VERANTWORTLICHEN unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

Recht auf Datenübertragbarkeit

Sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung oder auf einem Vertrag beruht und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt, hat die betroffene Person das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie dem VERANTWORTLICHEN bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln. Bei der Ausübung ihres Rechts auf Datenübertragbarkeit hat die betroffene Person das Recht, zu erwirken, dass die personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist.

Widerspruchsrecht

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem VERANTWORTLICHEN übertragen wurde, oder die zur Wahrung der berechtigten Interessen des VERANTWORTLICHEN oder eines Dritten erforderlich ist, erfolgt, Widerspruch einzulegen. Der VERANTWORTLICHE verarbeitet dann die personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, sie kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Werden personenbezogene Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, so hat die betroffene Person das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen. Widerspricht die betroffene Person der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden die personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen diese gesetzlichen Vorgaben verstößt – siehe <https://www.dsb.gv.at/rechte-der-betroffenen>.

Technisch organisatorische Maßnahmen

Für die Umsetzung technisch/organisatorischer Maßnahmen gelten folgende Grundsätze:

- **Sicherheit:** Daten müssen gegen unbefugten Zugriff durch technische und organisatorische Maßnahmen geschützt sein.
- **Vertraulichkeit:** personenbezogene Daten dürfen niemand anderem, als im eigentlichen Zweck vorgesehen, zur Verfügung gestellt werden, bzw. muss verhindert werden, dass jemand anderer darauf Zugriff erhält.
- **Integrität:** Datensätze dürfen nicht fälschlicherweise verändert werden. Es muss die Korrektheit gewährleistet werden.
- **Verfügbarkeit:** Die Systeme und Dienste müssen verfügbar bleiben. Sie dürfen nicht unwiederbringlich verloren gehen durch Systemabsturz oder Verlust eines Ordners.

Maßnahmen:

Elektronisch:

- Firewall
- Virenschutz
- Backup + tägliche Protokoll-Kontrolle
- Monatliche Wartung der Systeme: Updates, Kontrolle Virens Scanner, Kontrolle Server, Kontrolle Firewall
- Jährlicher Restorettest
- Passwortregel, Fingerabdrucksensor
- Verschlüsselung der Notebooks und PCs
- Mobile Device Management
- USV
- IT-Handbuch und –Richtlinien

Nicht elektronisch:

- Verschlussene Kästen / verschlossenes Büro

In beiden Fällen:

- Zugangskontrolle zu den zentralen Systemen / Dokumente
- Berechtigungskonzept